



Inhalt

[Einkommensrunde Länder 2013 – dbb Truck-Tour informierte in sechs Großstädten über berechnigte Forderungen des dbb+++](#)
[Dauderstädt: Europa braucht leistungsfähige Verwaltungen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DSTG-Chef Eigenthaler sieht Finanztransaktionssteuer](#)

[auf gutem Weg+++](#)

[dbb rheinland-pfalz vermisst Perspektiven für den](#)

[öffentlichen Dienst+++](#)

[VBOB steht zum Bonn-Berlin-Gesetz+++](#)

[tbb fordert Klarstellung zur Verwaltungsreform +++](#)

[DPVKOM: Bundesrat muss Postgesetznovelle stoppen+++](#)

[Zollgewerkschaft fordert mehr Schlagkraft im Kampf gegen](#)

[„Crystal Speed“+++](#)

[DPoIG warnt vor Reduzierung der Sicherheitsgesetze+++](#)

[Namen und Nachrichten +++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde Länder 2013 – dbb Truck-Tour informierte in sechs Großstädten über berechnigte Forderungen des dbb

(dbb) Dresden war am 24. Januar 2013 der erste Haltepunkt der dbb-Truck-Tour zur Einkommensrunde 2013. Es folgten Stopps in Mainz, Stuttgart, Düsseldorf und Hamburg, wo die Öffentlichkeit jeweils auf zentral gelegenen Plätzen mit einem originellen Programm aus Musik, Fakten und Interaktion Gelegenheit hatte, die Arbeitswelt der im öffentlichen Dienst der Länder Beschäftigten kennen zu lernen und Einzelheiten über die dbb Forderungen zu erfahren. Am 31. Januar 2013 erreicht der dbb Truck Berlin. Dort findet an diesem Tag die Auftaktrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) statt.

Willi Russ, der Verhandlungsführer des dbb, wies beim Start der Truck-Tour auf dem Altmarkt in Dresden auf die Entschlossenheit der Beschäftigten hin, ihren fairen Anteil an der Einkommensentwicklung in Deutschland notfalls auch gegen Widerstände der Arbeitgeber durchzusetzen. „Die Landesregierungen sollen sich da nicht täuschen. Wenn wir von gerechten Forderungen sprechen, denken wir an die Straßenwärter, die gerade jetzt im Winter für freie Straßen und sichere Fahrt sorgen. Wir denken an die Kollegen bei der Polizei, die die Sicherheit in diesem Land garantieren. Wir denken an die Kollegen in den Finanzämtern, Krankenhäusern und Landeskliniken. Sie alle erwarten ein faires Angebot und werden sich nicht mit Almosen abspesen lassen.“ Der Vorsitzende des Sächsischen Lehrerverbandes Jens Weichelt bekräftigte in seiner Rede die Forderung nach einheitlichen Regelungen für die Eingruppierung und damit die Bezahlung der angestellten Lehrerinnen und Lehrer: „Macht endlich Schluss mit dieser Eingruppierung nach Gutsherrenart. Wir fordern die lange überfällige Grundtarifizierung einer Entgeltordnung für Lehrer!“

In Mainz forderte Siegfried Damm, Mitglied der Geschäftsführung der dbb Bundestarifkommission, am 25. Januar 2013 auch die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz zur Solidarität mit den Tarifbeschäftigten auf. „Ihnen wurde eine jährliche Mini-Anpassung von nur einem Prozent für fünf Jahre diktiert. Damit und unter Berücksichtigung des Abschlusses 2012 für Bund und Kommunen sowie der Teuerungsrate entsteht ein dickes Minus im Portemonnaie.“

Auf dem Schloßplatz in Stuttgart warben am 28. Januar die dbb-Vertreter um den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und BBW-Landesvorsitzenden Volker Stich um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger „Unsere Forderung nach 6,5 Prozent mehr für alle ist angemessen und fair, das hat der Abschluss

mit Bund und Kommunen im letzten Jahr gezeigt“, sagte Stich. „Jetzt müssen die Länder nachziehen, denn ihre Angestellten und Beamten dürfen nicht zu Beschäftigten zweiter Klasse gemacht werden.“ Sollte sich die Einkommens-Schere zwischen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter öffnen, werde dies die Wettbewerbsfähigkeit der Länder im Werben um Nachwuchskräfte massiv beeinträchtigen, warnte Stich. Gerade in Baden-Württemberg hätten die vergangenen Monate gezeigt, wie sehr immer neue Angriffe auf die Einkommen langsam aber sicher die Moral der Beschäftigten zerstören.

In Düsseldorf stellte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft Ulrich Silberbach am 29. Januar eindringlich dar, dass 6,5 Prozent mehr für Krankenschwestern, Straßenwärter, Lehrer, Beschäftigte bei Polizei, Justiz und in der Steuerverwaltung nicht zu viel verlangt sind: „Ohne sie ginge schließlich auch hier in Nordrhein-Westfalen gar nichts. Aber wenn auch künftig Kinder eine ordentliche Ausbildung erhalten, winterliche Straßen gut befahrbar, öffentliche Sicherheit und medizinische Versorgung garantiert sein sollen, brauchen wir eine angemessene Bezahlung.“

In Hamburg betonte der dbb Verhandlungsführer Russ am 30. Januar erneut, dass das Argument der Arbeitgeber, vertreten durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die öffentlichen Kassen seien leer, nicht ziele: „Insgesamt nahm der deutsche Staat im vergangenen Jahr 2,2 Milliarden Euro mehr ein, als er ausgab; erstmals seit fünf Jahren zahlt die Bundesrepublik Kredite zurück. Die öffentlichen Haushalte profitieren also vom starken Aufschwung, und hier fordern wir eine gerechte Teilhabe für die Angestellten und Beamten der Länder.“ dbb Landeschef Rudolf Klüver warnte die Arbeitgeber vor einer harten Auseinandersetzung: „Gerade hier in Hamburg, wo

der Senat sich erdreistet, die Tarifautonomie zu umgehen und im Haushaltsplan 2013/2014 eine Gehaltserhöhung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf maximal 1,5 Prozent fixiert hat, ist der Unmut groß. Und die zur Debatte stehende Absenkung des Jahresur-

laubs auf 26 Arbeitstage sorgt da nicht gerade für Entspannung. Vor diesem Hintergrund werden wir entschlossen handeln“, kündigte Klüver an.
(01/04/13)

Dauderstädt: Europa braucht leistungsfähige Verwaltungen

(dbb) Am 23. Januar 2013 feierte Brüssel die Eröffnung des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt sagte anlässlich der Feierlichkeiten, Europa müsse verstärkt auf die Menschen zugehen. Dazu brauche es öffentliche Dienste und Dienstleister auf allen Ebenen - den staatlichen wie den überstaatlichen europäischen. „Die Verwaltungen sind Mittler zwischen dem Gemeinwesen und den Bürgerinnen und Bürgern. Das gilt bei uns für den Bund, die Länder und die Kommunen genauso wie für die europäische Ebene.“

Dauderstädt betonte die Bedeutung der staatlichen Verwaltungsebenen für die Anwendung europäischen Rechts. „Die Rechte, von denen die Unionsbürgerinnen und -bürger profitieren, werden in der Regel in den Mitgliedstaaten umgesetzt. Kommunen, Länder, Bund und die EU müssen sich als Gliederungen eines zusammengehörenden Rechtsraums verstehen.“ Dauderstädt sprach sich für ein vernetztes

Denken aus. „Wir leben in Europa in einer föderalen Ordnung; die gute Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der europäischen Einigung.“ Der dbb Bundesvorsitzende plädierte für mehr europäische Aufmerksamkeit und Anerkennung für die Leistung der in den Verwaltungen arbeitenden Menschen.
(02/04/12)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DSTG-Chef Eigenthaler sieht Finanztransaktionssteuer auf gutem Weg

(dbb) „Endlich kann die Finanztransaktionssteuer Wirklichkeit werden. Noch mehr Staaten sollten diesen Weg gehen“, kommentierte der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler einen Beschluss der EU-Finanzminister vom 22. Januar 2013. Elf Mitgliedstaaten, darunter Deutschland und Frankreich, ist es nun gestattet, im Rahmen der „verstärkten Zusammenarbeit“ bei der Einführung einer Finanztransaktionssteuer ohne die restlichen 16 Mitgliedsländer voranzuschreiten. „Andere Staaten werden folgen, wenn sie sehen, dass den Mehreinnahmen keine nennenswerten negativen Effekte gegenüberstehen. Es ist gut, dass einige Regierungen nun mit gutem Beispiel vorangehen“, so Eigenthaler.

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble sieht in der neuen Steuer eine Möglichkeit, die Verursacher der Finanzkrise zumindest teilweise für die Kosten der Krise aufkommen zu lassen. „Diesem Ziel sind wir ein gutes Stück näher gekommen“, kommentierte der Minister den Beschluss am 29. Januar in Brüssel. Thomas Eigenthaler unterstützt das Ansinnen der deutschen Bundesregierung. „Seit Jahren werden Steuergelder in die Bewältigung der Krise investiert. Diese Mittel fehlen anderswo. Die Finanztransaktionssteuer setzt

nun endlich an der richtigen Stelle an.“ Es sei nur gerecht, wenn die Kostenverursacher sich nun an der Rechnung beteiligen müssten. Es sei grotesk, so Eigenthaler, wenn beim Kauf von Lebensmitteln Umsatzsteuer anfalle, während spekulative Finanzumsätze steuerfrei blieben. Nach ersten Schätzungen der Europäischen Kommission könnten jährlich 30 bis 40 Milliarden Euro Mehreinnahmen geschaffen werden.

Eigenthaler mahnt die Regierungen, die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer nicht halbherzig anzugehen. Neue Aufgaben könnten nicht einfach durch das vorhandene Personal mit erledigt werden: „Unabhängig davon, welchem Budget – dem europäischen oder dem der Nationalstaaten – die Steuer am Ende zu Gute kommt, brauchen wir ausreichendes Personal in den nationalen Finanzbehörden. Eine neue Steuer stellt neue Anforderungen

und lässt sich nicht von alleine erheben.“ Nur wenn die zuständigen Finanzbehörden mit dem nötigen Personal und den entsprechenden Instrumenten ausgestattet würden, könne die Finanztransaktionssteuer auch ein Erfolg werden, so der DSTG-Chef. „Die elf Staaten, die sich nun für die Steuer stark machen, müssen jetzt auch alles dafür unternehmen, dass sie nicht an der technischen Umsetzung scheitert.“ (03/04/13)

dbb rheinland-pfalz vermisst Perspektiven für den öffentlichen Dienst

(dbb) Als Reaktion auf die Regierungserklärung der neuen Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat der dbb rheinland-pfalz daran erinnert, dass die Beschäftigungsbedingungen des Personals im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz zu den „Baustellen“ gehören, auf denen die Landesregierung unter neuer Führung Nachbesserungsarbeit leisten müsse. „Konkret Neues zu Perspektiven des öffentlichen Personals stellte die Ministerpräsidentin leider nicht vor. Der öffentliche Dienst, das öffentliche Personal verdienen aber, dass sie auf der Prioritätenliste der Landesregierung nach oben rutschen“, sagte dbb Landeschefin Lilli Lenz am 30. Januar in Mainz.

Der dbb rheinland-pfalz sehe seine Befürchtung bestätigt, dass das bisherige kategorische Sparen auf Kosten des öffentlichen Dienstes und seiner Qualität trotz überproportional wirksamer Einschnitte kein absehbares Ende hat. Dies werde sich zum Standortnachteil für das Land entwickeln, wenn nicht gegengesteuert wird. Lilli Lenz weiter: „Frau Dreyer und die Landesregierung können davon ausgehen, dass wir ihnen so wie bisher auf die Finger schauen. Für die Interessen unserer Mitglieder treten wir ungebremst ein, wie etwa durch Unterstützung von Musterklagen gegen die gesetzliche „5 x 1 %“-Deckelung von Be-

soldung und Versorgung im rheinland-pfälzischen Landes- und Kommunaldienst bis 2016.“

Dennoch stehe der dbb rheinland-pfalz mit seinen knapp vierzig Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden als Dialogpartner für die von der Ministerpräsidentin angekündigte Aufgabenkritik staatlichen Handelns, für den Austausch über Perspektiven des öffentlichen Personals sowie über Demografiestrategien zur Verfügung, so die dbb-Landeschefin. (04/04/13)

VBOB steht zum Bonn-Berlin-Gesetz

(dbb) Mit einem klaren Bekenntnis zum Festhalten an der im Bonn-Berlin-Gesetz festgeschriebenen Verteilung der Bundesministerien auf beide Städte hat sich der Bundesvorsitzende des Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB), Hartwig Schmitt-Königsberg, in die wieder auflebende Auseinandersetzung um eine Konzentration aller Ministerien in Berlin eingeschaltet. „Der VBOB erwartet ein schnelles Ende dieser Diskussion zum falschen Zeitpunkt, die eine spürbare Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen in den Bonn-Ressorts hervorgerufen“, erklärte der VBOB-Chef am 29. Januar 2013. Der Bonner Generalanzeiger hatte am 26. und 28. Januar 2013 über ein höchst umstrittenes, im Personalrat des Bundesverteidigungsministeriums kursierendes „Eckpunktepapier“ berichtet, das sehr konkrete Vorschläge für einen möglichen Komplettumzug der Bonn-Ministerien nach Berlin enthalten soll.

Der VBOB setze sich „ohne Wenn und Aber für die Einhaltung der seinerzeit als Folge des

Umzugsbeschlusses des Deutschen Bundestages mit breiter Zustimmung beschlossenen

Regelungen ein" und erwarte, dass die Vereinbarungen für eine faire und dauerhafte Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn eingehalten würden. „Durch den Einsatz moderner und leistungsfähiger Informations- und Kommunikationstechniken, wie zum Beispiel schnelle

Internetverbindungen und verstärkte Nutzung von Videokonferenzen, können mögliche Reibungsverluste durch die räumliche Trennung minimiert werden", so der VBOB-Bundesvorsitzende weiter.
(05/04/13)

tbb fordert Klarstellung zur Verwaltungsreform

(dbb) Der Thüringer Beamtenbund tbb hat von der Staatskanzlei Klarstellungen zum Gutachten der Expertenkommission zur Verwaltungsreform gefordert. „Es ist einfach falsch, was hier läuft“, stellte der tbb Landesvorsitzende Helmut Liebermann am 25. Januar 2013 fest.

„Wenn die Mitglieder des eigens berufenen Beirates, dem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Fraktionen im Thüringer Landtag, der Landesverwaltung sowie Einzelpersonen mit beratender Funktion angehören, die Ergebnisse aus den Medien erfahren, ist dies nicht nur ein Ausdruck von mangelndem Respekt, sondern stellt die Arbeit dieses Gremiums insgesamt in Frage“, kritisierte Liebermann, der die Mitgliedsgewerkschaften des tbb in diesem Beirat vertritt. „Man holt sich die Gewerkschaften als Alibi mit ins Boot und informiert sie dann viel zu spät über die Ergebnisse. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Mitglieder des Beirates. Wen kann es da wundern, dass sich Frust bei den Beschäftigten breit macht?“

Es sei ein „falsches Signal“, wenn in der Presse der Eindruck vermittelt werde, die Expertenkommission halte die radikale Zerschlagung bestehender Verwaltungsstrukturen für zwingend notwendig, um Thüringen zukunftsfest zu machen. Medien hatten berichtet, dass die von der Landesregierung eingesetzte Expertenkommission vorgeschlagen habe, die Landesverwaltung in fünf Großbehörden zu konzentrieren. Demnach sollten die meisten der derzeit 30 Landesämter aufgelöst, privatisiert oder den Kommunen überantwortet werden. Darüber hinaus sei das Thüringer Landesverwaltungsamt überdimensioniert. Bis zum Jahr 2020 könnte das Land auf diesem Weg 11.000 Stellen in der Verwaltung abbauen.
(06/04/13)

DPVKOM: Bundesrat muss Postgesetznovelle stoppen

(dbb) Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) hat führende Politiker von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in einem Schreiben dazu aufgefordert, die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Novellierung des Postgesetzes durch die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat zu stoppen. „Die von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler geplante Änderung des Postgesetzes wird nicht zu mehr Wettbewerb auf dem Postmarkt führen, sondern nur das Lohn- und Sozialdumping in der gesamten Postbranche verstärken und bestehende, nach Tariflohn bezahlte Arbeitsplätze bei der Deutschen Post vernichten“, sagte der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 25. Januar 2013 zu dem erneuten Vorstoß Röslers.

Das Vorhaben des Bundeswirtschaftsministers sieht unter anderem vor, dass die Deutsche Post Großkundenverträge gegenüber der Bundesnetzagentur offenlegen und sich diese genehmigen lassen muss. Damit soll der deutsche Briefmarkt einseitig zugunsten der Wettbewerber der Deutschen Post reguliert wer-

den. Geyer: „Wir haben nichts gegen Wettbewerb in der Postbranche. Dieser darf jedoch nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden. Wir brauchen einen Postmindestlohn in Höhe von 9,80 Euro, damit das Lohndumping endlich beendet wird.“
(07/04/13)

Zollgewerkschaft fordert mehr Schlagkraft im Kampf gegen „Crystal Speed“

(dbb) Im Kampf gegen die grenzüberschreitende Drogenkriminalität hat der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft gegenüber Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die zentrale Bedeutung der Koordinierungs- und Steuerungsfunktion des Zolls hervorgehoben und eine deutlich bessere Personalausstattung in den Kontrolleinheiten verlangt.

In einem Schreiben an Schäuble betonte BDZ-Bundesvorsitzender Klaus H. Leprich, mit der derzeitigen Personalausstattung des Zolls sei es eine unlösbare Aufgabe, dem explosionsartig gewachsenen Schmuggel mit der Droge „Crystal Speed“ an der deutsch-tschechischen Grenze wirksam zu begegnen, teilte der BDZ am 25. Januar 2013 mit.

Bei „Crystal Speed“ handelt es sich um eine synthetische Droge, die aus Tschechien nach Deutschland eingeschmuggelt wird und zu den gefährlichsten Rauschgiftarten weltweit gehört. Sie führt zu einer unmittelbaren Abhängigkeit und zu erheblichen gesundheitlichen Dauerschädigungen. Laut Drogen- und Suchtbericht 2010 der Bundesregierung wurde mehr als die Hälfte der Gesamtmenge in Sachsen und rund

ein Fünftel in Bayern beschlagnahmt. Zwischenzeitlich weisen Statistiken aus, dass die Zahl der Sicherstellungen in Sachsen von 211 Fällen im Jahr 2009 auf 539 Fälle im Jahr 2011 gestiegen ist.

Mit der bisherigen Personalausstattung - häufig zwei Beschäftigte des gehobenen Zolldienstes und 13 Beschäftigten des mittleren Zolldienstes je Kontrolleinheit - sei es nicht möglich, einen sinnvollen Mehrschichtbetrieb zur Aufrechterhaltung der erforderlichen Kontrollintensität zu realisieren, stellte Leprich fest. Erschwerend hinzu komme der erhebliche zeitliche und personelle Aufwand, der im Zusammenhang mit einem Rauschgiftaufgriff zu leisten ist. Die Kontrolldichte müsse auch aus präventiven Gründen noch erhöht werden. (08/04/13)

DPOIG warnt vor Reduzierung der Sicherheitsgesetze

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt hat vor einer Reduzierung der Sicherheitsgesetze gewarnt. „Wir haben bei den Sicherheitsgesetzen in Deutschland eine gesunde Mischung aus einer ordentlichen Terrorgefahrenabwehr und Bürgerrechten, und ich bin mir sicher, dass auch die Regierungskommission zu diesem Ergebnis kommt und keinen Grund für großartige Änderungen sieht“, sagte Wendt dem in Berlin erscheinenden "Tagesspiegel" (Ausgabe vom 29. Januar 2013).

Der DPOIG-Chef erinnerte daran, dass Deutschland „nach wie vor im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus“ stehe. „Deshalb muss es keine Alarmstimmung geben, aber eben auch keine Entwarnung, was die Gefährdungssituation betrifft.“ Den Ermittlungsbehörden müssten jedoch auf „effektive Instrumente“, darunter auch die Vorratsdatenspeicherung und die Videoüberwachung zugreifen können. Allerdings hoffe er, dass die jetzige Bundesregierung beim Thema Vorratsdatenspeicherung nicht mehr vorankomme: „Dabei kann nur noch Murks herauskommen“, zeigte sich der DPOIG-Chef überzeugt.

Die Forderung nach mehr Videoüberwachung unterstütze er im Grundsatz, so Wendt weiter. Da es um Qualität gehe, müssten bald Pilotprojekte für eine Echtzeitüberwachung durchgeführt werden. Diese sei „bei einer Handvoll Plätzen“, darunter dem Berliner Alexanderplatz notwendig: „Dort sind sehr viele Menschen unterwegs. Es wird geklaut, belästigt und teilweise auch Gewalt ausgeübt, so dass es Sinn macht, dort eine dauerhafte Videoüberwachung zu installieren, die nicht nur aufzeichnet, sondern den Platz live überwacht, damit notfalls schnell ein Einsatzteam der Polizei vor Ort wäre.“ (09/04/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Wenige Tage vor Beginn der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder hat der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** erneut bekräftigt, dass die im Landesdienst Beschäftigten tariflich keinesfalls schlechter gestellt werden dürfen, als die Mitarbeiter bei Bund und Kommunen: „Der Krankenschwester im Uniklinikum zum Beispiel kann niemand erklären, warum ihre Arbeit weniger wert sein soll als die der Kollegin im städtischen Krankenhaus eine Straße weiter«, sagte er dem „neuen deutschland“ (Ausgabe vom 28. Januar 2013). Es werde für den öffentlichen Dienst auch immer schwerer, mit der freien Wirtschaft um den Nachwuchs zu konkurrieren, so der dbb Chef weiter. „Denn so sicher, wie die Arbeit im öffentlichen Dienst oft wahrgenommen wird, ist sie lange schon nicht mehr: Fast 40 Prozent der unter 35-Jährigen haben einen befristeten Arbeitsvertrag.“

Der Zweite dbb Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik **Willi Russ** hat die Arbeitgeber der Länder am Tag vor Beginn der Tarifverhandlungen aufgefordert, bereits in der ersten Runde ein konkretes Angebot vorzulegen. „Ich warne die Arbeitgeber, nur jammernd mit leeren Händen zu erscheinen. Ohne Moos nix los: Uns bleibt wenig Zeit, wir haben nur drei Verhandlungsrunden und keine Schlichtungsvereinbarung. Ab März könnte es also im ganzen Land zu Streikaktionen kommen“, sagte Russ der Neuen Osnabrücker Zeitung am 30. Januar 2013. Das Tilgen von Altschulden durch die Länder sei eine Aufgabe für alle Steuerzahler und damit kein Argument für Lohnzurückhaltung im öffentlichen Dienst. Russ ist dbb Verhandlungsführer der Einkommensrunde für die Länderbeschäftigten, die am 31. Januar beginnt.

Volker Stich, Vorsitzender des BBW Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg und stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, ist am 25. Januar 2013 in Stuttgart bei der konstituierenden Sitzung des Landesrundfunkrats Baden-Württemberg erneut zum Vorsitzenden gewählt worden. Stich gehört dem Gremium seit 1998 an und ist bereits seit 2008 dessen Vorsitzender. Neben diesem Amt ist der BBW-Chef Mitglied im Ausschuss Recht und Technik im Fernsehausschuss sowie im Landesfernsehausschuss Baden-Württemberg. Von 1998 bis 2003 wurde Stich vom SWR-Rundfunkrat in den ARD-Programmbeirat entsandt. Von 2003

bis 2008 war er Vorsitzender des Fernsehausschusses. Die Wahlen waren nötig geworden durch die Neukonstituierung der Gremien des Südwestrundfunk (SWR) nach Ablauf ihrer fünfjährigen Amtszeit.

Der Vorsitzende des dbb Beamtenbund und Tarifunion in Hessen, **Walter Spieß** erwartet von der Landesregierung eine schnelle Einigung bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen. „6,5 Prozent Entgeltsteigerung müssen bei dieser Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder drin sein - auch in Hessen“, sagte Spieß am 30. Januar 2013. Da Hessen als einziges Bundesland nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist, werden dort separate Verhandlungen geführt. Die Verhandlungen beginnen am 1. Februar 2013, einen Tag nach dem Verhandlungsauftritt zwischen dbb und TdL.

Der Hamburger Landesfrauenrat hat die ehemalige Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und Gründerin der Frauenvertretung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), **Helga Schulz**, mit der Auszeichnung Hammonia 2013 geehrt. Damit wurde ihr jahrelanger Einsatz für die Gleichberechtigung der Frauen gewürdigt. Überreicht wurde die nach der Schutzgöttin der Stadt Hamburg benannte Auszeichnung am 14. Januar 2013 von der Vorsitzenden des Landesfrauenrats, Professor Christa Randzio-Plath. Helga Schulz war von 1996 bis 2000 Vorsitzende des Deutschen Frauenrates. Seit 2008 steht die SPD-Politikerin dem Hamburger Verband für Alleinerziehende Mütter und Väter (VAMV) vor und engagiert sich im Stiftungsrat der Helene-Wilken-Stiftung, die sich Alleinerziehender in materieller Not annimmt. Bekannt ist Schulz nicht zuletzt aufgrund ihrer kritischen Einstellung zum Ehegattensplitting im Steuerrecht.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) zieht nach dem Verkehrsgerichtstag in Goslar eine positive Bilanz, bedauert jedoch, dass die geplante Reform der Flensburger Verkehrsünderkartei vor dem Aus steht. DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** sagte am 25. Januar 2013 in Goslar: „Das Thema ‚Aggressivität im Straßenverkehr‘ stand zu Recht weit oben auf der Agenda des diesjährigen Verkehrsgerichtstages. Wer die Zahl der Verkehrstoten und –verletzten in Deutschland und

Europa senken will, muss hart gegen die vorgehen, die bewusst und regelmäßig Verkehrsregeln verletzen.“

„Der **VBE** fordert alle Bürgerinnen und Bürger auf, unsere Demokratie zu leben und damit zu schützen!“ In einer [Erklärung](#) aus Anlass des 80. Jahrestages des Beginns der NS-Herrschaft und des Endes der Weimarer Republik betonte der Bundesvorstand des Verbandes Bildung und Erziehung am 28. Januar 2013: „Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist unsere Gesellschaft dauerhaft dazu verpflichtet, die Erinnerung an die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus wachzuhalten und mit aktivem Handeln für die Stärkung unserer Demokratie zu verbinden.“ Weiter heißt es: „Wir setzen uns konsequent für eine Kultur des Hinschauens ein. Freiheit in einer demokratischen Gesellschaft bedeutet nicht nur das Recht auf individuelle Entfaltung der Persönlichkeit, sondern auch die Pflicht zur Achtung vor dem Anderen. Mitmenschlichkeit, Toleranz und Zivilcourage sind schulische Erziehungsziele, die umso erfolgreicher gelingen, je überzeugender unsere Gesellschaft dadurch geprägt wird.“

Eine große Übereinstimmung in bildungspolitischen Grundpositionen haben die sächsische Staatsministerin für Kultus, Brunhild Kurth, und der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), **Jürgen Böhm**, in einem Gespräch am 23. Januar 2013 in Dresden festgestellt. Die Gesprächspartner betonten ihr Engagement zur Beibehaltung und Festigung der Bildungsqualität, um Schülerinnen und Schülern gelingende Übergänge in das Berufsleben und zu weiterführenden Bildungsangeboten zu ermöglichen. Dabei sprachen sich Kurth und Böhm für den weiteren Ausbau von Übergangsmöglichkeiten zwischen den vielfältigen Schularten des differenzierten Bildungswesens aus.

In der Diskussion über die Plagiatsvorwürfe gegen Annette Schavan ist jetzt auch der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, auf Distanz zur Bundesbildungsministerin gegangen. „Ich bin sehr unglücklich über diese Angelegenheit. Die Plagiats-Affäre belastet die Ministerin und schwächt sie in allen anderen Bereichen“, sagte Meidinger am 28. Januar 2013 „Focus Online“. Weder bei der Exzellenzinitiative noch bei der Lehrerfortbil-

dung oder bei den Verhandlungen über die Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich gehe derzeit etwas voran. Alles werde von den Plagiats-Vorwürfen überschattet. Meidingers Fazit: „Sollte Frau Schavan ihren Titel verlieren, wäre sie weder als Vorbild für Schüler noch als oberste Vertreterin der Bildung geeignet.“

Horst, das menschengroße Adler-Maskottchen der dbb jugend, hat es in die vom Berliner Kurier zusammengestellte Internet-Galerie der „besten Bilder der Welt“ geschafft. Das Foto zeigt das in ein magentafarbenes dbb-T-Shirt gewandete Federvieh am 24. Januar 2013 auf dem Altmarkt in Dresden. „Horst“ war nach Dresden geeilt, um beim Start der Trucktour, die bis zum 30. Januar in weiteren fünf Großstädten mit Kundgebungen, Musik und Spielen über die berechtigten Forderungen des dbb in den Tarifverhandlungen für die Länderbeschäftigten informiert, „Flagge“ zu zeigen. (10/04/13)